

70 Jahre Asylrecht: Was jetzt zu tun ist

Humane Grenzen mit Hilfe sicherer Partner: Es gibt Alternativen zu Europas unmenschlicher Asylpolitik. Diese können Leben retten

GASTKOMMENTAR:
KRISTOF BENDER



Kristof Bender ist stellvertretender Leiter der Europäischen Stabilitätsinitiative (ESI) und lebt in Wien

Vergangene Woche hatte die Genfer Flüchtlingskonvention ihren 70. Geburtstag. Es gab nicht viel zu feiern. Der Flüchtlingsschutz steht weltweit auf der Kippe. Das gilt auch für Europa.

Es ist derzeit fast unmöglich, an Europas Außengrenzen um Asyl anzusuchen, und es gibt kaum legale Wege, um es anderweitig zu tun. Italien und die EU bezahlen libysche Milizen und die Küstenwache dafür, Menschen davon abzuhalten, in Nordafrika in Boote zu steigen, und andere, die es doch schaffen, zurück nach Libyen zu bringen. Die meisten davon werden in Lager gesteckt, wo es zu Misshandlungen und Folter kommt.

Überdies bleibt das zentrale Mittelmeer auch dieses Jahr die tödlichste Grenze der Welt. Obwohl durch die europäische Politik nur noch wenige die Überfahrt wagen, ertranken zwischen Nordafrika, Malta und Italien in diesem Jahr bereits über 900 Menschen.

Griechenland wiederum hat seine Landgrenze zur Türkei für Asylsuchende fast völlig abgeriegelt. Die griechische Küstenwache fängt Boote in der Ägäis ab, zerstört die Motoren, schleppt sie in türkische Gewässer und lässt sie dort treiben, bis sie von der türkischen Küstenwache aufgegriffen werden. So wird hier täglich internationales und europäisches Recht gebrochen. Das Gleiche geschieht an den Außengrenzen der EU in Kroatien und Ungarn.

Die Genfer Flüchtlingskonvention wurde 1951 ins Leben gerufen, um zu verhindern, dass Schutzsuchende – wie österreichische Juden, die nach dem „Anschluss“

1938 versucht hatten, in die Schweiz zu fliehen – an Grenzen zurückgestoßen werden. Doch die Konvention existiert zusehends nur noch auf dem Papier. Viele Staaten der Welt haben sie zwar unterzeichnet, aber setzen sie nicht um. Dazu zählen heute auch Staaten der EU. Während 2015 viele europäische Politiker Viktor Orbán noch kritisierten, als er eine brutale Abschottungspolitik für Europa angesichts einer „Invasion“ durch Migranten forderte, billigen EU-Mitgliedstaaten mittlerweile eine solche Politik an den Außengrenzen. Und wer diese Politik kritisiert, macht selten konkrete, umsetzbare Vorschläge, was sonst zu tun wäre. Doch genau das ist heute dringend notwendig: konkrete, mehrheitsfähige Strategien, um Kontrolle von irregulärer



Europa muss sich im Mittelmeer andere Partner suchen als Libyen. Und mehr Flüchtlinge umsiedeln

Migration mit Respekt vor der Konvention und gültigem Recht an allen Grenzen der EU zu gewährleisten. Dabei ist eines klar: Ein Zurück zur Situation des Herbstes 2015 wird es nicht geben. Doch auch der Status quo ist inakzeptabel.

Kontrolle und Recht zu verbinden ist eine Herausforderung. Wenn ein Boot mit Menschen über das Mittelmeer kommt, dann haben Regierungen in Athen und Rom wenige Optionen. Entweder sie nehmen alle Menschen auf, so wie es Italien und Griechenland 2015 taten. Die allermeisten bleiben dann in jedem Fall für Jahre, wenn nicht für immer, in der EU, egal ob es sich um Menschen aus Syrien oder dem Senegal handelt. Das führte dazu, dass sich in jenen Jahren immer mehr auf den gefährlichen Weg machten. 2016 wurden über 180.000 aus Seenot Gerettete allein nach Italien gebracht, so viele wie nie zu-

vor. Im selben Jahr ertranken auf derselben Strecke 4500 Menschen, auch so viele wie nie zuvor.

Die zweite Option: Staaten verhindern, dass Boote Europa erreichen. Das ist die Politik heute. Nach Italiens Kurswechsel sank die Zahl der Ankommenden 2018 auf 23.000. Nun ertranken 1300, immer noch zu viele, aber viel weniger als zuvor.

Heute herrscht im italienischen Parlament ein Konsens unter allen großen Parteien, nicht zur Politik von 2016 zurückzukehren. Doch was wäre eine Alternative zur derzeitigen Politik der Behinderung privater Seenotretter und Kooperation mit Libyen?

Menschen in Seenot müssen aktiv gerettet werden. Dazu fordert der UNHCR zu Recht, die Kooperation der EU mit der libyschen Küstenwache infrage zu stellen. Doch damit beides möglich wird, muss anders sichergestellt werden, dass noch weniger Menschen irregulär ankommen und ertrinken. Denn nur wenn weniger Menschen in Boote steigen, sinkt die Zahl der Ertrinkenden.

Eine humane Politik muss auf vier Pfeilern aufbauen:

Erstens proaktive Europäische Seenotrettung. Zweitens die Fähigkeit, an den EU-Außengrenzen schnell und fair zu entscheiden, wer in Europa Schutz braucht und wer nicht. Drittens Kooperation mit Partnerländern, um jene, die keinen Schutz in der EU brauchen, ab einem Stichtag schnell zurückzunehmen. Diese Länder müssen, anders als Libyen, für Menschen sicher sein. Viertens Angebote an Partnerländer, anerkannte Flüchtlinge durch mehr Neuanstellungen (*resettlement*) direkt aufzunehmen. Daran sollte sich dann auch Österreich beteiligen.

Konkret bedeutet das, im zentralen Mittelmeer andere Partner als Libyen zu suchen, gleichzeitig, ähnlich wie Kanada und die USA unter Joe Biden, legale Wege für Flüchtlinge auszubauen und in der Ägäis die EU-Türkei-Erklärung wiederzubeleben. Und so dafür zu sorgen, dass die Werte der Genfer Flüchtlingskonvention auch im Mittelmeer wieder gelten.